Hier finden Sie einen Überblick über interessante Beiträge aus anderen Medien und Veröffentlichungen. Wenn Sie auf “weiterlesen” klicken, öffnet sich das Angebot und Sie können sich aussuchen, was Sie lesen wollen. (JB)

Hier die Übersicht; Sie können mit einem Klick aufrufen, was Sie interessiert:

1. Rente – Viel erreicht und noch viel zu tun
2. Covid-19 and the Political Economy of Mass Hysteria
3. Wie sinnvoll ist der schwedische Sonderweg?
4. Italienische Firma verkürzt Arbeitstag für Eltern um 1,5 Stunden
5. Europaparlament stimmt Eilverfahren für EU-Impfpass zu
6. Impfen für den Nato-Gipfel
7. The latest must-have among US billionaires? A plan to end the climate crisis
8. “Revealed: police barred from searching Queen’s estates for looted artefacts
9. US-Militärs besorgt: China und Russland verstärkt in Lateinamerika präsent
10. Digitalisierung in Kommunen: Deutschland in der Vormoderne

Vorbemerkung: *Wir kommentieren, wenn wir das für nötig halten. Selbstverständlich bedeutet die Aufnahme in unsere Übersicht nicht in jedem Fall, dass wir mit allen Aussagen der jeweiligen Texte einverstanden sind. Wenn Sie diese Übersicht für hilfreich halten, dann weisen Sie doch bitte Ihre Bekannten auf diese Möglichkeit der schnellen Information hin.*

1. **Rente – Viel erreicht und noch viel zu tun**
   Eine rentenpolitisch aktive Wahlperiode neigt sich dem Ende zu, einiges wurde erreicht: das Rentenniveau ist bis 2025 stabilisiert und weitere Verbesserungen umgesetzt und die Finanzen solide aufgestellt. Nächste Wahlperiode muss die Rente für künftige Generationen stark aufgestellt und das Rentenniveau dauerhaft stabilisiert werden. Und bis zur Wahl sind noch einige Verbesserungen zu beschließen.
   Auch die ausgehende 19. Wahlperiode des deutschen Bundestages hat spürbare Verbesserungen im Bereich der Rentenversicherung gebracht. Der Kurs in der Rentenpolitik ist richtig gesetzt. Auch wenn nicht alles schnell genug geht und vieles nicht erreicht ist, so gab es doch einige deutliche Verbesserungen.
   Mit dem RV-Leistungsverbesserungs- und Stabilisierungsgesetz (Stellungnahme des DGB) wurde drei zentrale Verbesserungen die der DGB forderte zumindest teilweise erreicht:
   Seit 2001 ist wieder ein Leistungsziel in der Rentenversicherung verankert: bis 2025 muss das Rentenniveau wenigstens 48 Prozent betragen. Das fatale Beitragssatzdogma hat an Bedeutung verloren. Der DGB und seine Mitgliedsgewerkschaften setzen sich dafür ein, dass das Rentenniveau über 2025

hinaus dauerhaft stabilisiert und auch wieder angehoben wird. Für künftige Generationen gibt es keine verlässlichere und effizientere Absicherung im Alter und bei Erwerbsminderung. Die dauerhafte Verbesserung des Rentenniveaus ist eine Anforderung an die ab Herbst regierend Koalition.
Deutliche Verbesserungen bei der Erwerbsminderungsrente: Die Zurechnungszeit wurde bis zur Regelaltersgrenze verlängert, so dass die Renten deutlich höher ausfallen. Seit vielen Jahren schon hat der DGB auf die Probleme hingewiesen. Daher ist diese Verbesserung sehr zu begrüßen. Leider gilt die Verbesserung nur für seit dem 1.1.2019 neu beginnende Renten. Und weiterhin werden regelmäßig 10,8 Prozent Abschlag fällig, obwohl diese bei Erwerbsminderungsrenten überhaupt nicht zu rechtfertigen sind.
Die Kindererziehungszeiten für vor 1992 geborene Kinder wurden auf 30 Monate erhöht und damit weiter an die Ansprüche für ab 1992 geborene Kinder angeglichen. Aus Sicht des DGB gibt es keinen sozialpolitisch sinnvollen Grund, wieso Kinder vor und ab 1992 unterschiedlich viel in der Rente wert sein sollten.
Quelle: DGB

2. **Covid-19 and the Political Economy of Mass Hysteria**
In this article, we aim to develop a political economy of mass hysteria. Using the background of COVID-19, we study past mass hysteria. Negative information which is spread through mass media repetitively can affect public health negatively in the form of nocebo effects and mass hysteria. We argue that mass and digital media in connection with the state may have had adverse consequences during the COVID-19 crisis. The resulting collective hysteria may have contributed to policy errors by governments not in line with health recommendations. While mass hysteria can occur in societies with a minimal state, we show that there exist certain self-corrective mechanisms and limits to the harm inflicted, such as sacrosanct private property rights. However, mass hysteria can be exacerbated and self-reinforcing when the negative information comes from an authoritative source, when the media are politicized, and social networks make the negative information omnipresent. We conclude that the negative long-term effects of mass hysteria are exacerbated by the size of the state.
Quelle 1: MDPI
Quelle 2: Die Studie als PDF in Deutsch

Anmerkung unseres Lesers Thorsten Klatt: *Liebe Nachdenkseitenredaktion,*

ich bin kürzlich über eine aktuelle Studie zum Thema globaler Massenhysterien gestoßen, die das Phänomen in Bezug auf die Coronakrise untersucht hat und der

Frage nachgegangen ist, welchen Anteil die Politik an Entstehung und Fortbestand einer solcher Massenhysterie hat.

Die Autoren führen aus, dass sie mit ihrer Studie eine Forschungslücke schließen, was ich nicht beurteilen kann. Ebenso fehlt mir die Zeit zu recherchieren, inwiefern die Autoren als seriös zu betrachten sind.

Sie kommen zum Ergebnis, dass Wohlfahrtsstaaten wie der unsere aufgrund ihrer zentralisierten Macht dazu neigen Massenhysterien zu fördern, statt sie zu vermeiden. Als Beleg dazu führen sie diverse Argumente an, die kritischen Begleitern des Zeitgeschehens, wie den Nachdenkseiten, vielfach bekannt vorkommen dürften.

Auch wenn sie vermutlich nicht unbedingt ein Verfechter des Minimalstaates sind, ist die Argumentation der Studie, dass ein solcher deutlich weniger anfällig dafür ist Massenhysterien zu erzeugen/unterstützen, aus meiner Sicht schlüssig.

Alles in Allem erscheint mir diese Studie sehr lesenswert. Sofern sich die Seriosität der Autoren verifizieren lässt, ist sie vielleicht eine Nennung im Rahmen der Hinweise des Tages wert.

3. **Wie sinnvoll ist der schwedische Sonderweg?**
   Deutschland ist seit Monaten im Lockdown – in Schweden geht man einen anderen Weg. Weniger Verbote, mehr Eigenverantwortung. Wie erfolgreich ist die schwedische Strategie?
   Quelle: Quarks

   Anmerkung unseres Lesers Jonathan Holler: *DDer Artikel ist das übliche Gefasel. Das eigentlich interessante findet sich in der Kommentarspalte von einem Gewissen Theodor. Dieser analysiert den Artikel in 3 Teilen. Es ist absolut lesenswert und sollte nicht nur in der Kommentarspalte stehenbleiben. Es hat 2 mir nahestehende Menschen, denen ich lange versucht habe die Augen zu öffnen, ENDLICH nach einem Jahr davon überzeugt was da wirklich vor sich geht.*

4. **Italienische Firma verkürzt Arbeitstag für Eltern um 1,5 Stunden**
   Wer in der Pandemie Kinder und Job unter einen Hut bringen muss, ist im Dauerstress. Die Autobahngesellschaft ASPI in Italien gibt ihren MitarbeiterInnen nun ein „Recht auf Abschalten“. Sie bekommen jeden Tag 1,5 Stunden, in denen sie sich um ihre Kinder kümmern und sie beim Home-Schooling unterstützen können.
   Auf Familien mit schulpflichtigen Kindern lastet seit Monaten enormer Druck. Die

Kinder müssen sich ihren Schulstoff alleine erarbeiten, leiden an der Isolation. Der Leistungsdruck ist geblieben. Und die Eltern? Die sollen parallel zu Job und Haushalt auch noch Zeit und Energie haben, beim Home-Schooling nachzuhelfen. Irgendein Problem gibt es schließlich immer.
In Italien will jetzt die Autobahngesellschaft ASPI jene MitarbeiterInnen entlasten, die Schulkinder zu Hause haben. Die Eltern sollen sich Zeit für ihre Kinder nehmen – und zwar nicht nur vor und nach der Arbeit, sondern auch während der Arbeitszeit. 1,5 Stunden haben die Beschäftigten künftig das „Recht auf Abschalten" („diritto di fermata„). Zwischen 8:00 und 13:00 Uhr können sie bis zu anderthalb Stunden ihre Handys und Computer abschalten, um sich voll auf die Bedürfnisse ihrer Kinder konzentrieren können. Wann genau sie sich ihre Auszeit nehmen, können sie mit dem Unternehmen individuell vereinbaren. In besonderen Fällen kann man das Abschalte-Recht auch am Nachmittag in Anspruch nehmen.
Quelle: Kontrast.at

5. **Europaparlament stimmt Eilverfahren für EU-Impfpass zu**
Für die geplante Einführung eines EU-Impfpasses hat das Europaparlament mehrheitlich dafür gestimmt, das Projekt im Dringlichkeitsverfahren zu behandeln – damit die Verhandlungen zwischen den Institutionen so schnell wie möglich beginnen können. Das europäische Impfzertifikat soll bereits zum Juni kommen. Es würde Impfungen, Ergebnisse zugelassener Tests und Informationen zu überstandenen Corona-Infektionen festhalten und EU-weit anerkannt werden, damit die aktuellen Reisebeschränkungen gelockert werden können.
Quelle: ZEIT

Anmerkung JK: *Schon erstaunlich wie geräuschlos sich Europa von seinen „demokratischen Werten„, die es anderer Stelle immer so hoch hält, verabschiedet, die Grundrechte unter Vorbehalt stellt und die Ausgrenzung und Stigmatisierung von Bürgern als nun gängige Praxis durchsetzen will.*

6. **Impfen für den Nato-Gipfel**
Polen will Corona-Vakzine für den Nordatlantikpakt spendieren und damit offenbar die Beziehungen zu den USA verbessern
Nato-Generalsekretär Jens Stoltenberg freut sich über ein Angebot aus Polen: Die Bereitstellung von Impfdosen für Personal der politisch-militärischen Organisation zeige das "Engagement des Landes für die Nato". Warschau habe sich trotz Impfstoffknappheit dazu bereit erklärt, insgesamt 7.000 Dosen des Astrazeneca-Impfstoffs für die Immunisierung von Nato-Mitarbeitern bereitzustellen, wird heute gemeldet.

Diese Gabe sei notwendig, um die Abhaltung des Nato-Gipfels Mitte Juni in Brüssel zu sichern, so die Deutsche Presse-Agentur (dpa). Das Verständnis für die polnische Hilfsaktion hält sich außerhalb Nato-treuer-Kreise in Grenzen. Polen ist stark von der Corona-Krise betroffen, auch dort setzt man die Hoffnungen, mit den hohen Fallzahlen zurechtzukommen, auf eine breite Impfkampagne. Und wie in anderen europäischen Ländern auch ist der Impfstoff knapp. Warum also diese Geste?
Dass es auch anders geht, demonstriert Belgien, wo der Nato-Gipfel stattfinden soll. Dort wollte man "nicht von der normalen Impfreihenfolge abweichen".
Quelle: Telepolis

7. **The latest must-have among US billionaires? A plan to end the climate crisis**
Elon Musk, Jeff Bezos and Bill Gates have an estimated wealth of $466bn – and are emblematic of a Davos-centric worldview that sees free markets and tech as the answer
Elon Musk, founder of Tesla and one of the richest people in the world, has pledged $100m in prize money for technology that would best capture planet-heating carbon dioxide from the atmosphere. Jeff Bezos, the Amazon founder who tops the global rich list, has vowed to give out $10bn to worthy climate initiatives. And Bill Gates, another multibillionaire and Microsoft co-founder, has recently released a book on how to drive emissions to zero.
Together, the three men have an estimated wealth of $466bn and some of the biggest personal carbon footprints on the planet. They are also emblematic of a Davos-centric worldview that sees free markets and technological advancements as the answer to an existential emergency already upending the lives of millions of people.
"I think more like an engineer than a political scientist," Gates declared in his new book, urging measures such as a complete shift to synthetic beef. Musk has described the use of fossil fuels as an "insane experiment" but has also called public transit an uncomfortable "pain in the ass".
"What excites these folks is technology and innovation," said Bill Weihl, executive director of Climate Voice who previously led clean energy and sustainability divisions at both Google and Facebook. "They compete with each other, if only subconsciously. The mindset is to invest funds in a bunch of things and hope a few will really succeed."
Fresh thinking will be needed to eliminate emissions from certain areas with few current alternatives, such as steel-making and aviation, as well as to suck up CO2 we have already emitted. But, as Weihl points out, scientists have made clear humanity must urgently slash emissions in half within the next decade to avoid disastrous global heating.
Quelle: Guardian
8. **"Revealed: police barred from searching Queen's estates for looted artefacts**

Police have been barred from searching the Queen's private estates for stolen or looted artefacts after ministers granted her a personal exemption from a law that protects the world's cultural property, the Guardian can reveal.
Buckingham Palace and the government are refusing to say why it was deemed necessary in 2017 to give the Queen an exemption that prevents police from searching Balmoral and Sandringham.
A spokesperson for the Queen dismissed any suggestion that stolen or looted artefacts were being held on the monarch's private estates. […]
In February the Guardian published documents showing how the Queen had used the process to secretly lobby ministers to change draft legislation. In one instance, a bill was amended in order to conceal her "embarrassing" private wealth from the public, following an intervention from her private lawyer. […]
The Cultural Property Act is the result of an international push to clamp down on the destruction of cultural heritage during conflicts. In the wake of the destruction of artistic works at the hands of the Nazis during the second world war, the United Nations drew up an international treaty in 1954 to prevent the destruction of cultural heritage in future armed conflicts. It only became part of British law when the UK government passed the 2017 act.
Quelle: The Guardian

9. **US-Militärs besorgt: China und Russland verstärkt in Lateinamerika präsent**
Bei geostrategischen Beratungen im Kongress haben sich hohe US-Militärs über die Rolle Chinas und Russlands in Lateinamerika geäußert. Admiral Craig Faller, Oberkommandierender der US-Streitkräfte für Mittel- und Südamerika, sagte gegenüber dem Verteidigungsausschuss des Senats, dass China sich zur "größten Bedrohung in der Region" entwickelt habe. Das Land nutze die Corona-Pandemie und die "fragile" politische Situation, um eine Anzahl von Ländern ökonomisch und politisch auszubeuten.
Faller sagte weiter, er halte Lateinamerika in der Auseinandersetzung mit China für vorrangig. Dort sei der US-Einfluss aufgrund der bedeutenden Aktivitäten des Konkurrenten am schwinden. Die Vereinigten Staaten müssten sich dieser Entwicklung stellen, denn sie finde in ihrer unmittelbaren Nachbarschaft statt.
Eine Woche zuvor wies auch Michael Studeman, der Oberkommandierende der US-Streitkräfte für den indisch-pazifischen Raum, in die gleiche Richtung: China fühle sich zu einer "immer aggressiveren Haltung ermutigt", da die USA unfähig seien, die Militäraktivitäten des asiatischen Landes zu bremsen. Als Konsequenz sieht man Chinas Agieren offenbar wie eine Art Blaupause der eigenen militarisierten Geopolitik.
(…)
Die ranghohen US-Militärs kritisieren, Russland und China würden in Sachen

medizinischen Beistandes eine gezielte diplomatische Strategie fahren. Auch die kubanischen Ärztebrigaden erlangten mit ihrem Einsatz eine unzulässige Sympathie unter den Völkern des Südens. (…)
Die Militärs legten weiter nach: China, Russland und andere "bösartige" Akteure würden ihre eigenen Interessen in Lateinamerika "auf Kosten der Souveränität unserer Partner" durchsetzen und verstärkten damit die Wirkung des international organisierten Verbrechens und gewalttätiger extremistischer Organisationen. Das bedrohe auch die Sicherheit des US-amerikanischen "Homelands".
Ein solcher Zusammenhang kam in den bisherigen US-Analysen nicht vor. Der Drogen-, Waffen- und Menschenhandel wird nun in die Nähe des globalen Konkurrenten gerückt. Die wachsende "chinesische Geldwäsche" sei dafür ausschlaggebend.
Zudem hätten Venezuela, aber auch Nicaragua und Kuba, einen "böswilligen Einfluss" auf die Regierungen der Karibik. Nicht zuletzt würden diese unliebsamen Staaten Terroristen wie die kolumbianische ELN unterstützen. Außerdem bewegten sich die libanesische Hisbollah-Partei und "ihre Unterorganisation 'Islamischer Heiliger Krieg' (IJO) ungehindert in ganz Lateinamerika, um dort Unterstützung von den libanesischen Einwanderern einzufordern". Auch Al-Qaida und der "Islamische Staat" hätten einige Sympathisanten in der Region.
Zum Schluss warnten die Militärs auch vor dem gefährlichen Einfluss des Iran in Lateinamerika und davor, dass Russland und China immer häufiger beantragten, Regionalhäfen für ihre militärische und zivile Schiffahrt zu nutzen.
Quelle: amerika21

10. **Digitalisierung in Kommunen: Deutschland in der Vormoderne**
Unter Corona-Bedingungen wurden viele Rathäuser für den Publikumsverkehr geschlossen und öffentliche Gemeinderatssitzungen abgesagt, Digitalisierung hat die Lücke nicht geschlossen
Im Zusammenhang mit den Maßnahmen gegen die Corona-Pandemie hat sich gezeigt, dass die Digitalisierung in Deutschland noch tief in den Kinderschuhen steckt. Dass es auch bei der Nutzung von E-Mails im Home-Office zum Beispiel nicht immer glatt läuft und so manche Mail im Spamfilter landete, war irgendwie noch zu meistern.
Schwieriger wurde es aber, wenn E-Mails von Behörden gar nicht zugestellt wurden, weil sie schon unterwegs als Spam aussortiert wurden und der eigentliche Empfänger damit gar keine Möglichkeit mehr hatte, sie aus dem Spam-Ordner zu fischen.
Wenn der Absender wenigstens eine Nachricht über die Unzustellbarkeit erhält, kann er ein anderes Medium wählen, wenn aber die Nachricht der Unzustellbarkeit vom Absender gar nicht wahrgenommen wird, weil er sie nicht zuordnen kann, stellt sich die Frage, ob man nicht doch besser wieder zur klassischen analogen Briefpost zurückkehrt.

Quelle: Telepolis